

Unsere Kinder sind mehr als ein Wirtschaftsfaktor

Wir haben uns schon viel zu sehr an die misanthropische Haltung gewöhnt, nach der der Mensch dem Gedeihen der „Wirtschaft“ zu dienen habe. Aber es ist ganz und gar nicht in Ordnung, dass die *FAZ* mit einem Stück zur Bildungspolitik ihren Wirtschaftsteil aufmacht und die Chefkorrespondentin für Wirtschaftspolitik in der *Welt* über Bildungspolitik schreibt, als hätte diese keine anderen Ziele als Bedürfnisse der Unternehmen zu erfüllen.

Wenn das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW) im Auftrag der Arbeitgeber-PR-Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) [darüber](#) schreibt, was aus Arbeitgebersicht in der Bildungspolitik gut läuft, und was nicht, dann ist das legitim. Wenn eine große überregionale Zeitung wie die *Welt* deshalb so tut, als sei Bildungspolitik eine Unterabteilung der Wirtschaftspolitik, und diese [Forderungen unkritisch übernimmt und propagiert](#), ohne jeden Perspektivwechsel zu den Zielen der Menschen und möglichen Zielkonflikten, dann ist das deutlich weniger legitim. Es sei den, die Zeitung versteht sich als Sachwalterin der Interessen der Arbeitgeber, und nicht der Leser oder der Bürger des Landes. Dann sollten die Leser das wissen.

Auch für die *Frankfurter Allgemeine* ist offenbar [„Die Bildungspolitik verfehlt ihre Ziele“](#) selbstverständlich ein Wirtschaftsthema, das von einem Wirtschaftsredakteur im Wirtschaftsteil zu behandeln ist. Auch die *FAZ* referiert kritiklos-wohlwollend Forderungen von IW und INSM, ohne jede Andeutung, dass die Bildungspolitik auch noch andere Ziele haben könnte, als beide Elternteile für Erwerbsarbeit frei zu machen und Arbeitskräfte heranzuziehen, die passend ausgebildet und sozialisiert sind. Auch dass Bildungsministerin Wanka die Digitalisierung der Schulen im Zeitplan sieht, ist für die *FAZ* ein Thema für den Wirtschaftsteil. Die nächste Bundesregierung sollte zur Vermeidung unnötiger Reibungsverluste das Bildungsministerium dem Wirtschaftsministerium zuschlagen – und die Bundesländer sollten ebenso verfahren.

Doch halt: Immerhin für die *Süddeutsche Zeitung* ist Bildungspolitik noch etwas für das Politikressort. Es gibt noch Hoffnung.

Änderungshinweis: Titel kurz nach Veröffentlichung geändert, um das Gemeinte präziser zu fassen. Vorher: "Unsere Kinder sind kein Wirtschaftsfaktor".

[18.8.2017]